

Protokoll des Einwohnerrates Wohlen

8. Sitzung vom 17. März 2003 • von 18.00 bis 20.35 Uhr • Casino Wohlen

Vorsitz: Urs Kuhn, Präsident

Protokollführung: Betschart Daniela, Gemeindeschreiber-Stv.

Präsenz: **Einwohnerrat**
40 Mitglieder des Einwohnerrates
Absolutes Mehr: 21
Zweidrittelsmehr: 26

Gemeinderat
Walter Dubler, Gemeindeammann
Dieter Gerber, Vizeammann
Külling Harold, Gemeinderat
Meier Erwin, Gemeinderat
Meier René, Gemeinderat
Müller Christian, Gemeinderat
Piffaretti Marianne, Gemeinderätin

Weitere Anwesende
Hartmann Peter, Gemeindeschreiber
Rychener Peter, Chef Bevölkerungsschutz

Entschuldigungen

Traktanden:

1. Eingänge und Mitteilungen
2. Bericht und Antrag 10042 betr. Genehmigung des Gemeindevertrages betreffend "Regionalpolizei Wohlen"
3. Bericht und Antrag 10043 betr. Ordentlichen Einbürgerungen
4. Bericht und Antrag 10044 betr. Genehmigung des Kaufvertrages zwischen Siemens Building Technologies AG, Zürich, und Einwohnergemeinde Wohlen, betreffend Grundbuch Wohlen LB Nr. 3070, im Halte von 123,88 a Gebäudeplatz und Umgelände, an der Kapellstrasse, zum Preis von Fr. 3'902'220.00
5. Postulat 10041 betr. Anschluss der Einwohnergemeinde Wohlen an eine Kompogas-Anlage
6. Motion 10036 betr. Einführung einer verursachergerechten, kostenneutralen Grüngut-Abfuhrgebühr

Kuhn Urs, Einwohnerratspräsident: Geschätzter Gemeindeammann, geschätzte Damen und Herren des Gemeinderates, liebe Einwohnerratskolleginnen und –kollegen, ich danke Ihnen allen für das heutige Erscheinen und erkläre die achte Einwohnerratssitzung zur laufenden Legislaturperiode für eröffnet. Als Gäste begrüsse ich:

Peter Rychener, Chef Bevölkerungsschutz

Ganz herzlich begrüssen und Willkommen heissen möchte ich auch die Besucherinnen und Besucher auf der Tribüne, ich danke ihnen für ihr Interesse am Ratsgeschehen. Ebenfalls wie immer einen herzlichen Gruss an die Vertreter der Presse, der Aargauer Zeitung und des Wohler Anzeigers. Besten Dank schon jetzt für die Berichterstattung.

Zuhanden des Protokolls stelle ich fest, dass die Sitzung gemäss § 9 des Geschäftsreglementes termingerecht und ordnungsgemäss einberufen wurde. Wir sind vollzählig, der Rat kann also rechtsgültig beschliessen. Das absolute Mehr liegt bei 21, das 2/3-Mehr bei 27 Stimmen.

7 0.011.5 Einwohnerrat; Eingänge und Mitteilungen
Eingänge und Mitteilungen

Folgende Eingänge hatte der Rat seit letzter Sitzung zu verzeichnen:

- Bericht und Antrag 10043 ordentliche Einbürgerungen
- Bericht und Antrag 10044 Genehmigung des Kaufvertrages zwischen der Siemens Building Technologies AG, Zürich, und der Gemeinde Wohlen
- Bericht und Antrag 10045 Genehmigung eines Kredites über 23'000 Fr. für eine Organisationsanalyse WOV
- Einladung zur heutigen Sitzung. Dieser ist ein Brief beigelegt bezüglich Festakt des Kantonsjubiläums. Alle interessierten Ratsmitglieder werden gebeten, sich fristgerecht bei Dieter Gerber anzumelden.

Auf Ihren Tischen finden Sie:

- die Protokolle der 5. und 6. Sitzung
- ein aktualisiertes Mitgliederverzeichnis des Einwohnerrates
- ein Informationsschreiben über die Sistierung der Planung der Schwimmbadsanierung für ein Jahr

8 0.011.1 Einwohnerrat; Berichte und Anträge

Genehmigung des Gemeindevertrages betreffend "Regionalpolizei Wohlen" (10042)

Weber Edith, GPK-Sprecherin: Es geht um Sicherheit. Wenn das Gefühl der Sicherheit fehlt, kann sich Unsicherheit und Angst breit machen. Es ist die Aufgabe der Kantons- und Gemeindepolizei, in unserer und den Nachbargemeinden für Ruhe und Ordnung zu sorgen und die Sicherheit zu gewährleisten.

Die Aufteilung dieser Aufgaben hat der Kanton neu definiert.

Am 17. Oktober 2001 hat der Regierungsrat, und am 25. Juni 2002 der Grosse Rat die Botschaft „Polizeiliche Sicherheitsarchitektur Aargau (Projekt Horizont 2003)“ verabschiedet. Es wird darin festgehalten, dass die Kantonspolizei nur noch ihre Kernaufgaben und die Führungsfunktion wahrnimmt. Die Gemeinden sind ihrerseits für die Gewährleistung der lokalen Sicherheit zuständig. Dass heisst, sicherheitspolizeiliche, verkehrspolizeiliche, kriminalpolizeiliche und verwaltungspolizeiliche Aufgaben wurden der „Lokalen Sicherheit“ zugeordnet und obliegen der Gemeindepolizei.

Parallel dazu wurde das Postennetz der Kantonspolizei reduziert. In unserer Region werden die Posten in Villmergen und in Dottikon geschlossen.

Damit die lokale Sicherheit durch die einzelnen Gemeinden gewährleistet werden kann, gibt es verschiedene Möglichkeiten:

1. Es können beim Kanton bestimmte Polizeidienstleistungen gegen kostendeckende Abgeltung eingekauft werden, sofern der Kantonspolizei die notwendigen zusätzlichen Ressourcen bewilligt werden.
2. Durch gemeinsames Vorgehen in der Region mit den Nachbargemeinden und der Schaffung einer Regionalpolizei.

Büttikon, Dintikon, Dottikon, Hägglingen, Hilfikon, Uezwil, Villmergen und Waltenschwil haben zusammen mit Wohlen eine optimale Lösung gesucht.

Es wurde eine Arbeitsgruppe, bestehend aus Mitgliedern verschiedener Gemeinden eingesetzt, welche ein Konzept erarbeitet hat. An mehreren Sitzungen hat sich die Arbeitsgruppe mit der Schaffung eines Gemeindevertrages und eines Kostenverteilmodells auseinandergesetzt. Es hat viel Einsatz und Überzeugungskraft gebraucht, bis es soweit war.

Ein Vertrag, eine Vereinbarung, welche von neun Gemeinden akzeptiert und als gute Lösung befunden wurde, konnte am 9. Dezember 2002 unterzeichnet werden.

Inhalt des Vertrages:

Zweck und Auftrag werden klar formuliert. Der Auftrag, welcher im Pflichtenheft definiert ist, wird erfüllt.

Organisation besteht aus einer REPOL-Kommission, bestehend aus je einem Vertreter der angeschlossenen Gemeinden und einem leitenden Ausschuss, bestehend aus vier Mitgliedern der Kommission. Die Kommission versammelt sich mindestens einmal pro Jahr. Vorsitz hat jeweils der oder die Ressortvorsteher oder –vorsteherin Bevölkerungsschutz der Gemeinde Wohlen. Das Polizeikorps wird weiterhin von der Gemeinde Wohlen geführt, welche auch Anstellungsgemeinde ist.

Im Bericht und Antrag wird unter Punkt 2 beantragt, vier zusätzliche Stellen zu bewilligen. Zwei Personen ersetzen die zwei Kapo-Stellen in Villmergen, eine Person die Stelle in Dottikon. Die vierte Stelle ist eine zusätzliche Stelle in Wohlen. Zusammen ergibt das neu ein Korps von 11 Personen.

Laut Vertrag ist es Aufgabe der REPOL-Kommission, Anträge zum Stellenplan zu machen. Die weiteren Stellenerhöhungen werden über das Budget bewilligt. Diese Regelung ist nicht üblich, obwohl erstaunlicherweise auch schon von diesem Einwohnerrat akzeptiert worden.

Die Ausgangslage ist hier jedoch vollkommen anders. Ein Antrag wird bei Verhandlungen von neun Gemeinden regional abgeklärt und beschlossen. Das gibt den Antrag der REPOL-Kommission. Die Kosten werden über die Rechnung anteilmässig auf alle Gemeinden verteilt. Man beschliesst gemeinsam und bezahlt gemeinsam. Also nicht nur ein Beschluss der Gemeinde Wohlen, respektive des Einwohnerrates, sondern logischerweise entscheiden alle beteiligten Gemeinden über eine Stellenerhöhung, respektive –kürzung. Das ist nicht vergleichbar mit der Anstellung der Gemeindeangestellten, welche vollumfänglich für die Gemeinde Wohlen tätig sind und ihren Lohn nur von unserer Gemeinde bekommen.

Standort: Die GPK erachtet es als sehr sinnvoll, vorhandene Strukturen von Wohlen zu nutzen und Wohlen als Standortgemeinde der Regionalpolizei einzusetzen. Auch die Beibehaltung der Aussenposten in Villmergen und Dottikon ist eine sehr gute Lösung und unterstützt die Nähe zum Bürger.

Finanzielles: Das Ziel war von Anfang an, die bisherigen Leistungen der Gemeindepolizei beizubehalten, ohne jedoch die Nettokosten zu erhöhen. Die finanziellen Konsequenzen sind ersichtlich und aufgeführt. Es ist ein Bestandteil der Einwohnerrechnung unter Nettoaufwand. Zusätzliche Einnahmen und Ausgaben: Es wird einmal jährlich eine Rechnung an alle Vertragsgemeinden gemacht, in welcher der Aufwand anteilmässig verrechnet wird. Die Rechnungsführung erfolgt durch die Finanzverwaltung Wohlen und geht zulasten der Gemeinde Wohlen.

Die Aufschlüsselung der Kostenaufteilung ist immer eine heikle Sache. Die GPK ist überzeugt, dass diese Festlegung nach Bevölkerungszahlen plus eingebauter Progression allen Beteiligten gerecht wird.

Die erstmaligen Anschaffungskosten belaufen sich auf ca. Fr. 150'000. Als Trägerin der Regionalpolizei übernimmt die Gemeinde Wohlen einen Anteil von Fr. 90'000, dafür gehen die Neuananschaffungen in das Eigentum der Gemeinde Wohlen über. Verrechnet werden sie über das Budget 2004. Die finanziellen Konsequenzen sind klar. Aus dem Vertrag entstehen der Gemeinde

Wohlen keine Mehrkosten, es kann sogar von einer Kostenoptimierung von rund Fr. 50'000 ausgegangen werden.

Betreffend Räumlichkeiten entstehen keine Kosten. Die Personen in Villmergen und Dottikon beziehen die Büros der Kapo, in Wohlen wird im Büro des Chefs Bevölkerungsschutz ein zusätzlicher Arbeitsplatz eingerichtet.

Inkrafttreten wird der Vertrag unter Vorbehalt der Zustimmung aller beteiligten Gemeinden am 1. Januar 2004. Es braucht die Zustimmung des Einwohnerrates Wohlen und von allen Gemeindeversammlungen der beteiligten Vertragsparteien.

Die Aufnahme weiterer Gemeinden ist geregelt und Vertragsänderungen, -dauer, -kündigung sind im Vertrag klar definiert.

Die GPK hat lange über diesen Vertrag beraten und war sehr kritisch bei diesem Geschäft. Alle Mitglieder der GPK stehen hinter diesem Bericht und Antrag und sind einstimmig für die beiden Anträge.

Stärken wir uns und unsere Region mit einem Ja, stehen wir geschlossen zu dieser Aufgabe, welche die Gemeinden neu vollumfänglich übernehmen müssen.

Im Namen der GPK danke ich der Ressortchefin Marianne Piffaretti und der eingesetzten Arbeitsgruppe für die Ausarbeitung der Unterlagen. Einen herzlichen Dank auch an Herrn Peter Rychener, Chef Bevölkerungsschutz, für die kompetenten Auskünfte.

Bei einem Ja aller beteiligten Gemeinden wird er ab dem 2. Halbjahr 2003 mit dem Ausschuss alle organisatorischen Belange umsetzen müssen und ab 2004 die REPOL führen.

Piffaretti Marianne, Gemeinderätin: Heute Abend entscheidet der Einwohnerrat über einen wichtigen Vertrag und die Bildung der Regionalpolizei von neun Gemeinden. Im 2. Anlauf ist es nach intensiven Sitzungen gelungen, eine vernünftige Lösung zu finden. Die Lösung hat schlussendlich dazu geführt, dass der Vertrag am 9.12.2002 durch die Gemeinde unterschrieben wurde.

Die polizeiliche Grundversorgung ist eine Aufgabe, welche jede Gemeinde erfüllen muss. Mit dem Projekt Horizont 2003, welches der Grossrat im Juni 2002 verabschiedet hat, sind alle Gemeinden aufgefordert, Leistungen der KAPO einzukaufen, oder sich an einer regionalen Polizei anzuschliessen oder einen Polizist, eine Polizistin, anzustellen. Der Einkauf von Polizeileistungen der KAPO wäre für kleinere, wie aber auch für grössere Gemeinden, extrem teuer. Im Kanton werden Posten der Kapo geschlossen. Die kantonale Polizeilandschaft verändert sich. Nicht nur in Wohlen, sondern im ganzen Kanton werden Regionalpolizeien gebildet. Wohlen müsste ja keine Regionalpolizei bilden, da wir über eine gut organisierte Gemeindepolizei verfügen. Es war naheliegend, dass Wohlen zu einer regionalen Lösung Hand bietet. Zumal Wohlen bei einer Regionalisierung keine Einbussen in der regionalen Grundversorgung in Kauf nehmen muss. Wohlen muss die regionale Führung ohne Wenn und Aber übernehmen. Der vorliegende Vertrag ist von der Projektleitung Horizont 2003 und vom Kanton genehmigt worden. Die finanziellen Auswirkungen auf unsere Gemeinde haben in den jetzigen Ausgaben für die Gemeindepolizei liegen müssen. Gleichzeitig mussten die Gemeinden gemeinsam einen Verteilschlüssel finden, welchen dann alle akzeptieren können. Der Vertrag wurde fest für drei Jahre abgeschlossen, anschliessend ist eine stillschweigende Verlängerung für ein Jahr vorgesehen. Es wurde geregelt, was nach heutiger Sicht machbar ist. Die Erfahrung, welche nach drei Jahren in der Führung einer Regionalpolizei vorhanden sein wird, wird aufzeigen, ob es so funktioniert, wie es geplant wurde. Ich bin fest überzeugt, dass wir den Vertrag gut umsetzen werden können. Die Repol-Kommission in Vertretung der Vertragsgemeinden hat den Auftrag, die Zusammenarbeit zu koordinieren. Es werden für alle Gemeinden Rapporte erstellt. Die Budgetvorgabe liegt weiterhin

beim Einwohnerrat. Die Repol-Kommission hat das Antragsrecht. Sämtliche Einnahmen, auch jene aus den Geschwindigkeitskontrollen fliessen in die Gesamtrechnung. Jährlich werden die Nettoausgaben allen beteiligten Gemeinden verrechnet. Das Regionalkorps wird um 4 auf 11 Stellen erhöht. Es werden 2 Aussenposten in Dottiken und Villmergen eingerichtet. Im Bericht und Antrag auf Seite 3 und 5: Es muss heissen Dottikon und nicht Waltenschwil. Die Zusammenarbeit mit der Kapo wird wie bisher gut funktionieren. Es ist geplant, dass ein Vertreter der KAPO neben dem Chef Bevölkerungsschutz als beratendes Mitglied sich in diesem Ausschuss beteiligen wird. So ist eine einwandfreie Kommunikation gewährleistet. Der Gemeinderat ist überzeugt, dass dieser Vertrag wichtig und gut ist. Die Umsetzung erfolgt zum richtigen Zeitpunkt. Ich danke der GPK für Ihre Ausführungen. Der Gemeinderat hofft auf einen positiven Entscheid.

Widmer Matthias, Eusi Lüt & Grüne: Wir haben die Vorlage sehr genau studiert. Wir sind einverstanden damit. Einzig der Verteiler der Finanzierung hat Verständigungsschwierigkeiten aufgeworfen. Unsicherheit bestand auch bei der Zahl von 6 Polizisten im Korps, ob das genug sei für so viele Gemeinden. Das wird sich bei der Umsetzung zeigen. Wir sind einstimmig für die Vorlage.

Meier Maja, Freis Wohle: Wir finden die Repol grundsätzlich eine sehr gute Lösung. Es wäre nicht finanzierbar, wenn jede Gemeinde etwas machen würde. Auch der Einkauf in Kapo wäre zu teuer. Wir sind aber mit dem Verteiler der Finanzierung nicht ganz glücklich, obwohl wir uns bewusst sind, dass auch Wohlen von einem grösseren Korps profitiert. Gehen wir aber davon aus, dass pro 3000 Einwohner ein Polizist gebraucht wird, wie man es im Bericht und Antrag sieht, dann wäre das für Waltenschwil 0,7 Polizisten. So stellten wir fest, dass das nicht einmal die Unkosten decken würde. Jetzt will man aber mit der Regionalpolizei Wohlen ganz bewusst von diesem System wegkommen. Mit dem vorliegenden Kostenmodell und Verteilschlüssel will man etwas Neues probieren zu Gunsten der beitretenden Gemeinden. Wir wollen dieser neuen Variante eine Chance geben, um Erfahrungen sammeln zu können. Wir sind uns zwar noch nicht im Klaren, wie es funktionieren soll, dass grosse Pflichtenheft gegenüber den Vertragsgemeinden mit so wenigen Polizisten bewältigen zu können. Für die 15000 Einwohner, die dazukommen, brauchten wir rein theoretisch 5 Polizisten mehr. Es wird sich aber zeigen, wohin diese Leistungen und Beiträge gehen werden. Wir werden die Kostenentwicklung im Auge behalten. Wir beziehen uns klar auf den Satz: „Die Nettokosten dürfen für Wohlen auf keinen Fall höher ausfallen.“

Bächer Andy, CVP-CSP: Die Fraktion der CVP unterstützt einstimmig den B&A. Immer wieder wird vom Regionalzentrum Wohlen gesprochen, von Visionen. Jetzt sind wir am Punkt, wo wir unser Regionales Bewusstsein vorleben können. Wir als Zentrumsgemeinde können mit der Bildung der Regionalpolizei allen beteiligten Gemeinden Sicherheit gewährleisten, ohne bei uns selber Abstriche machen zu müssen, sei es finanziell oder sicherheitstechnisch. Für die anderen Gemeinden werden die Bedürfnisse dank Gemeindevertrag und Pflichtenheft ebenfalls genügend abgedeckt sein. Wie gut die Kostenverteilung voraus planbar ist, wird sich zeigen. Unser bestehendes, gut funktionierendes Polizeikorps kann gut in die Regionalpolizei eingebaut werden. Ob zusätzliche Stellen gebraucht werden, oder ob die bestehenden und geplanten für die anfallenden Aufgaben reichen, wird die Zukunft uns zeigen. Wir sind überzeugt, dass der richtige Weg ist.

Lanz Christian, FDP: (.....= auf Band nicht verständlich)

Jauslin Matthias, FDP: Die Fraktion der FDP stellt aus folgendem Grund einen Rückweisungsantrag: Der Gemeinderat soll die Kompetenz haben, den Vertrag mit den anderen Gemeinden neu zu erarbeiten, es kann nicht sein, dass der Einwohnerrat ihn abändern kann. Darum ist es ein Rückweisungsantrag und nicht ein Abänderungsantrag.

Kuhn Urs, Präsident: Danke für die Präzisierung. Das ist gemäss §26 ein Ordnungsantrag, welcher an Ort und Stelle zu diskutieren und anschliessend zur Abstimmung zu bringen ist. Wenn der Antrag zurückgewiesen wird, ist es klar, wenn nicht, geht die Diskussion weiter. Ich lese ihn noch einmal vor:

Bericht und Antrag 10042 Rückweisung zur Neubearbeitung. Wir erwarten, dass folgende Punkte zu Gunsten der Gemeinde Wohlen neu verhandelt werden:

- 1. Ein weiterer Stellenausbau erfolgt auf Antrag der Repol-Kommission mit separatem Bericht und Antrag an den Einwohnerrat.*
- 2. Die Rechnungsführung und der gesamte Verwaltungsaufwand gehen zu Lasten aller beteiligten Gemeinden.*
- 3. Ebenfalls sind Kosten für Miete und Infrastruktur zu Lasten aller Gemeinden zu verteilen.*

Den Standortvorteil erachten wir mit der Progression bereits als abgegolten.

Widmer Matthias, ELG: Mich würde interessieren, wieviel Einsparungen der Gemeinderat dank diesem Vorgehen machen kann.

Lanz Christian, FDP: (...)

Muff Sepp, SP: Ich bin schon etwas überrascht, wenn man hört, dass die GPK einstimmig dafür war, und jetzt kommt man im Nachhinein und sagt: Ja halt, wir wollen da noch ein paar Sachen abändern und was mich noch mehr überrascht, ist, dass im Vorfeld weder per Mail, Fax oder Telefon eine Information zu diesem Rückweisungsantrag gemacht wurde. Dass hier eine gute Vorlage zurückgewiesen soll und der Gemeinderat anschliessend verpflichtet sein soll im Namen aller, welche den Rückweisungsantrag unterschrieben haben, wieder Kontakt mit den Vertragsgemeinden aufzunehmen und erneut Punkte zu diskutieren, kann ich nicht verstehen. Ich denke, wenn Korrekturen angebracht werden müssen, dann wird sich das in spätestens ein oder zwei Jahren herausstellen, worauf immer noch Korrekturen angebracht werden können. Ich finde, dieser Rückweisungsantrag ist überflüssig und eine Zumutung für den Gemeinderat.

Schmid Tomi, Freis Wohle: Marianne Piffaretti, ich nehme an, Ihr habt das rückblickend in diesem Kostenverteiler und wäre enttäuscht, wenn Ihr das erst heute überlegt habt.

Piffaretti Marianne, Gemeinderätin: Meine Damen und Herren, wenn wir diesen Vertrag zurückweisen, dann gleicht das einer Ablehnung und die ganzen Verhandlungen müssten erneut geführt werden. Die Verhandlung mit den acht Gemeinden ist alles andere als einfach.

Dieser Vertrag ist ein gangbarer Weg, hinter dem auch Wohlen stehen kann. Ich möchte Sie bitten, diesem Antrag nicht zuzustimmen, um einer Regionalpolizei überhaupt eine Chance zu geben.

Bertschi Bruno, SVP: Die SVP wird diesem Rückweisungsantrag nicht zustimmen. Wir sind einstimmig der Meinung, dass der vorgeschlagene Vertrag sehr gut ist. Man kann selten Dinge von Anfang an perfekt machen, einer laufenden Überarbeitung steht aber nichts im Weg. Es ist einfach noch die Frage, was die zwei Herren der FDP in der GPK Sitzung gemacht haben, waren sie überhaupt dort oder nicht?

Lanz Christian, FDP: (.....)

Jauslin Matthias, FDP: Ich will die GPK Mitglieder meiner Fraktion selbstverständlich in Schutz nehmen, wir haben freie Meinungsäusserung in unserer Fraktion. Schlussendlich ist eine Mehrheit zusammengekommen, welche uns verpflichtet hat, diesen Antrag zu stellen. Wir brauchen der SVP keine Rechenschaft über unsere Leute in der GPK zu geben. Ganz kurz zum B&A: Es ist ein guter B&A, was uns im Vertrag gestört hat, ist aufgelistet worden, und wenn Sie die Rechenmaschine hervorheben und 14572:7 teilen, dann kommen Sie darauf, dass ein Polizist in Wohlen für ungefähr 1900 Personen zuständig ist. Neu wäre ein Polizist für 2500 Leute zuständig. Wenn man also sagt, dass sei dieselbe Qualität, dann stimmt das also nicht, auch wenn wir in Wohlen eine Stelle mehr haben werden. Im gesamten gesehen werden es nämlich weniger sein. Warum wurde dieser Rückweisungsantrag nicht vorher erörtert: Es wurde schon einstimmig diskutiert und schlussendlich bin ich der festen Überzeugung, dass die umliegenden Gemeinden alle bereit sind, die entstehenden Kosten zu tragen. Ich bin auch überzeugt, dass der Gemeinderat daran gedacht hat, dass es in diesem Punkt Diskussionen geben wird. Man hat ja bereits im Vertrag eine Klausel festgehalten, dass man noch einmal zusammen verhandeln kann, sollten nicht alle Gemeinden einverstanden sein. Warum sollen wir als grösste Gemeinde das nicht noch einmal verlangen? Die Gemeinde Wohlen bezahlt umgerechnet pro Person 58 Franken, die Gemeinde Hägglingen pro Person 27 Franken. Das ist eine Progression, was wir auch gut finden. Dass sämtliche anderen Verwaltungskosten aber auch der Gemeinde Wohlen zulasten fallen, finden wir nicht in Ordnung. Ich bitte alle, heute diesem Antrag zuzustimmen, ich bin überzeugt, dass diese Vorlage sich anschliessend sehr gut entwickeln.

Fricker Matthias, JCVP: Unsere Fraktion kann diesem Rückweisungsantrag nicht zustimmen. Wir sind der Meinung, dass ein guter Vertrag vorliegt. Kompromisse sind alle eingegangen. Wir sind überzeugt, dass neue Verhandlungen keine besseren Resultate erbringen werden.

Dubler Walter, Gemeindeammann: Die Arbeitsgruppe ist bereits an den Gemeinderat gelangt. Es hat Abänderungen gegeben, welche auch an die anderen Gemeinden gegangen sind. Es ist eine Illusion, wenn man meint, man finde sich dann, wenn jetzt dieser Vertrag zurückgewiesen wird. Grundsätzlich ist es so, dass Wohlen eigentlich keine Regionalpolizei bräuchte. Wir haben eine Polizei und werden immer eine haben, aber ist es im Interesse der Gemeinde Wohlen als Regionalzentrum, als eine der grössten Wachstumsgemeinden der Nord-Westschweiz, dass um uns herum ein Vakuum entsteht? Das wäre der falsche Weg. Wir müssen in diese Richtung. Es war so, dass andere Gemeinden sehr wohl über ihren Schatten springen mussten. Es ist ein Geben und ein Nehmen. Bei dieser Ausgangslage ist das Wichtigste, einzuschätzen, in welchem Raum wir wirken, können wir das abdecken, kommen wir mit diesem Personal zurecht. Von allen wurde das so empfunden. Es haben 47 Gemeinderäte ihr Einverständnis gegeben und glauben an diese Lösung. Was die Rechnungsführung anbelangt: Das ist ein unbedeutender Faktor.

Wir müssen deswegen niemanden neu einstellen in der Finanzverwaltung. Was den Stellenplan anbelangt: Auch die anderen Gemeinden im Ausschuss wollen sehr wohl sichergestellt haben, dass die Leistung den Preis wert ist. Denn kostet es mehr, müssen auch die anderen Gemeinden mehr bezahlen. Wenn man wirkungsorientiert vorgehen und die Verwaltung schlank halten will, braucht es dafür nicht auch noch einen B&A an den Einwohnerrat.

Wegen den Büros und dem Standort: Wir haben natürlich den Vorteil, dass die Polizisten in Wohlen sind. Es muss uns etwas wert sein, dass die Polizei im Gemeindehaus stationiert ist. Das ist ein Sicherheitsfaktor.

Schlussendlich kann man sagen, es war ein Ringen von allen Seiten. Man hat sich gefunden. Ich muss klar sagen, dass wenn man an diesen Punkten schrauben will, riskieren wir, dass die Nachbargemeinden dazu ihre Kommentare abgeben und versuchen werden, ihren eigenen Weg zu gehen.

Ich bitte Sie, diesen Antrag abzulehnen und uns den weiteren, gemeinsam gangbaren Weg beschreiten zu lassen.

Abstimmung Rückweisungsantrag:

Der Einwohnerrat lehnt den Rückweisungsantrag der Fraktion FDP

Wir erwarten, dass folgende Punkte zu Gunsten der Gemeinde Wohlen neu verhandelt werden:

4. *Ein weiterer Stellenausbau erfolgt auf Antrag der Repol-Kommission mit separatem Bericht und Antrag an den Einwohnerrat.*
5. *Die Rechnungsführung und der gesamte Verwaltungsaufwand gehen zu Lasten aller beteiligten Gemeinden.*
6. *Ebenfalls sind Kosten für Miete und Infrastruktur zu Lasten aller Gemeinden zu verteilen.*

Den Standortvorteil erachten wir mit der Progression bereits als abgegolten.

mit grosser Mehrheit zu 4 Ja-Stimmen ab.

Die Verhandlung wird weitergeführt mit den restlichen Fraktionsmeinungen.

Fischer Fredy, SVP: Ich bin glücklich über den Ausgang dieser Abstimmung zum Rückweisungsantrag. Die Fraktion SVP und Ortsteil Anglikon ist einstimmig der Meinung, dass die Regionalisierung der Polizei positiv zu bewerten ist. In der Hoffnung, dass unsere Gemeinde unter der Konzentration des Polizeikorps auf die Tatsache hin profitieren wird, welche man am letzten Samstag im Tele M1 hören durfte: Die Gemeinde Wohlen hat eine der höchsten Kriminalitätsraten im Kanton Aargau. Wir hoffen, dass Wohlen durch die Regionalpolizei in absehbarer Zeit wieder in die Normalität zurückgebracht werden kann. Nicht durch vermehrte Bussenverteilung, sondern durch Prävention. Nochmals: Unsere Fraktion ist einstimmig für die Regionalisierung der Polizei.

Kuhn Urs, Präsident: Kenntnisnahme der Beilagen:

- a) Kostenverteiler 1. Jahr
- b) Kostenverteiler Folgejahre
- c) Gemeindevertrag betreffend Gewährleistung einer polizeilichen Grundversorgung

Abstimmung

Die gemeinderätlichen Anträge

1. Der Gemeindevertrag vom 9. Dezember 2002 zwischen der Gemeinde Wohlen und den Gemeinden Büttikon, Dintikon, Dottikon, Hägglingen, Hilfikon, Uezwil, Villmergen, Waltenschwil betreffend Gewährleistung einer polizeilichen Grundversorgung (Regionalpolizei Wohlen) sei zu genehmigen.

2. Für die Regionalpolizei Wohlen seien vier zusätzliche Stellen zu bewilligen.

werden mit 36 Ja-Stimmen zu 3 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung genehmigt.

Ordentliche Einbürgerungen (10043)

Meier Regula, Präsidentin Einbürgerungskommission: Die Einbürgerungskommission hat an drei Sitzungen insgesamt 21 Einbürgerungsgesuche, total 40 Personen behandelt. Dabei sind 11 Gesuche, total 21 Personen aufgrund von mangelnder Assimilation und Integration zurückgestellt worden. 9 Gesuche, insgesamt 19 Personen sind dem Gemeinderat zur Einbürgerung vorgeschlagen worden.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich etwas zur Arbeit in der Einbürgerungskommission sagen. Die Einbürgerungskommission bekommt die Dossiers der Einbürgerungswilligen, in welchen alle notwendigen Unterlagen enthalten sind, welche vom Kanton und von uns verlangt werden. Es besteht aus Referenzen und Unterlagen, welche überprüft werden. Zusätzlich zu den Gesprächen mit den Einbürgerungswilligen sind sie die Grundlage zu unseren Entscheidungen zuhanden des Gemeinderates. An dieser Stelle ein paar Gedanken zum Thema Prüfung und Selektion. Nach meiner Ansicht ist jeder Entscheid, den wir empfehlen, aufgrund von einer gewichtigen Einschätzung passiert. Diese Einschätzung – man könnte sie auch Prüfung nennen – beruht zwar auf gewissen Fakten, aber der emotionale Eindruck und die persönliche Wahrnehmung und der Erfahrungshintergrund jedes Einzelnen ist ausschlaggebend für den Entscheid. Ich persönlich stehe zu diesem Vorgehen. Ich bin der Meinung, dass man sich dieser Vorgehensweise immer wieder bewusst sein muss und die Entscheide nach bestem Wissen und Gewissen trifft. Ich kann deshalb verstehen, wenn gewisse Entscheide hinterfragt werden oder als nicht nachvollziehbar erscheinen. Unsere Kommissionsarbeit verstehe ich so, dass wir die Vorarbeit leisten, welche der Gemeinderat als Entscheidungsgrundlage benötigt. Umso verwunderlicher ist es für mich als Präsidentin der Einbürgerungskommission, dass der Gemeinderat bei Unklarheiten nicht das Gespräch mit uns sucht. Gegenseitiges Vertrauen und Akzeptanz der geleisteten Kommissionsarbeit sind notwendig. Um diese Menschen einzubürgern, die hier zuhause sind, braucht es mehr als ein paar Dokumente.

Die folgend aufgeführten Personen kann ich ihnen mit bestem Wissen und Gewissen empfehlen.

Wahlresultat

Eingelegte Wahlzettel	40
leer / ungültig	<u>0</u>
gültig	40
absolutes Mehr	21

Nachstehenden Bewerbern wird das Gemeindebürgerrecht der Gemeinde Wohlen gemäss § 15 Abs. 1 KBüG wie folgt zugesichert:

	JA	NEIN	UNGÜLTIG/ LEER	TOTAL STIMMEN
1. Jurkovic-Rupcic Ivan und Mila mit Töchtern Vida und Zorica	31	9	0	40
2. Duran Alaadin mit Söhnen Talha und Emre	31	9	0	40
3. Sapkiran Hatice	32	8	0	40
4. Sadiku Shefket mit Sohn Arber und Tocher Djellza	30	9	1	40
5. Akarsu Ceren	32	8	0	40
6. Perdedaj Gabrijella	30	9	1	40
7. Paolozzi Mauro	35	4	1	40
8. Güner Veysel Erdem	31	8	1	40
9. Risteski-Bitolkoska Ljupco und Olgica mit Söhnen Igor und Aleksandar	27	13	0	40

Genehmigung des Kaufvertrages zwischen Siemens Building Technologies AG, Zürich, und Einwohnergemeinde Wohlen, betreffend Grundbuch Wohlen LB Nr. 3070, im Halte von 123,88 a Gebäudeplatz und Umgelände, an der Kapellstrasse, zum Preis von Fr. 3'902'220.00 (10044)

Hartmann Karl, GPK-Sprecher: Ich teile Ihnen die Stellungnahme der GPK zum Bericht und Antrag 10044 mit. Die GPK hat an ihrer Sitzung vom 6. März dieses Geschäft beraten, und obwohl es nicht von allen gern gehört wurde, einige kritische Fragen gestellt:

- Kann sich die Gemeinde Wohlen in der momentan Situation einen Kauf überhaupt leisten?
- Wäre nicht ein Zuwarten sinnvoll? Der sicher günstige Landpreis von Fr. 315/m² könnte sich ja weiter nach unten entwickeln, weil sich ausser der Gemeinde Wohlen in der heutigen Situation kaum ein anderer Käufer finden lässt.
- Was macht es für einen Sinn, ein so grosses Stück Land zu kaufen, wenn man nicht weiss, wofür es gebraucht werden könnte. Die Zinsen aufgerechnet, wird uns dieses Land in 10 Jahren ca. Fr. 450.- kosten und in 20 Jahren rund Fr. 600.-.

Es ist aber auch bestätigt worden, dass

- die Spezialzone Steingasse für die Gemeinde keine negativen Auswirkungen hat. Zudem wäre eine Umzonung in die Zone für öffentliche Bauten und Anlagen denkbar.
- ein Gegengeschäft mit dem ehemaligen Postareal beim Bahnhofareal versucht wurde.
- die eingetragenen Lasten keine wesentlichen Kostenfolgen haben.
- keine Altlasten zu erwarten sind.

Vor allem zwei Argumente haben die GPK schlussendlich dazu bewogen, diesem Geschäft zuzustimmen:

- Land, wenn man es günstig kaufen kann, hat immer seinen Wert behalten.
- Der Gemeinderat wäre bei finanziellen Problemen bereit, Teile dieses Grundstückes gewinnbringend zu verkaufen. Für EFH-Land muss heute in der Gemeinde zwischen Fr. 450.-- und Fr. 600.-- bezahlt werden.

Dubler Walter, Gemeindeammann: Was lange währt, wird endlich gut. Unter dieses Motto könnte man den beantragten Kauf des Merkur-Areals stellen. Der Einwohnerrat und der Gemeinderat beschäftigten sich über drei Amtsperioden mit diesem Geschäft. Am 12. Mai 1997 gaben Vorstösse vom damaligen Einwohnerrat Erwin Meier und der Gruppe Eusi Lüt zu diesem Thema zu reden. Am 20. September 1999 diskutierte der Einwohnerrat eine Motion der SVP betreffend dem Kauf des Merkur-Areals. Um nicht unter Druck handeln zu müssen, beantragte der Gemeinderat damals, die Motion abzulehnen. Dies geschah mit Stichentscheid des Einwohnerrats-Präsidenten. Alle Fraktionen ermunterten jedoch den Gemeinderat, am Ball zu bleiben und das Land bei günstiger Gelegenheit zu kaufen. An der Einwohnerratssitzung vom 17. Juni 2002 diskutierte der Einwohnerrat letztmals betreffend dem Erwerb des Merkur-Areals. Der Gemeinderat versprach damals, dass bei guter Gelegenheit der Kaufvertrag abgeschlossen werde. Heute dürfen wir Ihnen das erfreuliche Resultat einer von Geduld, Berechnung und Zuwarten geprägten Verhandlungstaktik präsentieren. Wäre der Gemeinderat in den Jahren 1998 oder 2000 dreingeschossen, hätten wir den Kauf für Fr. 500.--/m³, beziehungsweise für total Fr. 6,2 Millionen beantragt.

Im März 1998 nannte der Gemeinderat Fr. 4,2 Millionen als Verhandlungsbasis für den Kauf des Merkur-Areals, was für die Göhner Merkur AG zu wenig war. Inzwischen hat die Gemeinde mit

dem Kauf des ehemaligen Isler-Areals an der Bünzstrasse von der UBS ein weiteres Faktum betreffend Immobilienpreis geschaffen. Dieser erfolgreiche Abschluss war für die Verhandlungen mit der immoclass AG, Zürich, nützlich. Der Kaufpreis von Fr. 315.-/m² ist unter Berücksichtigung der heutigen Preislage im Immobilienmarkt günstig. Anlässlich der Behandlung der SVP-Motion betreffend Merkur-Areal wurde am 20. September 1999 gesagt, dass das Merkur-Areal ursprünglich für über Fr. 1'000.-/m² verkauft wurde. Das waren rund Fr. 12,5 Millionen für das ganze Areal. Dass seit dem 1990 erfolgten ursprünglichen Kauf Zinsen in Millionenhöhe aufgelaufen sind, sei nur nebenbei erwähnt. Was ist das Bedürfnis? Das Grundstück liegt an bester Lage im Zentrum von Wohlen. Es handelt sich um das letzte grössere unüberbaute und zusammenhängende Areal, welches als Baulandreserve für spätere Bedürfnisse für die Gemeinde von Interesse ist und sich in unmittelbarer Nähe zu öffentlichen Liegenschaften befindet. Die Gemeinde hat die Gelegenheit, mit diesem Kauf Weichen für eine zukünftige Entwicklung zu stellen, es wird sozusagen ein Generationenvertrag abgeschlossen. Sie fällen heute Abend einen historischen Entscheid. Wenn Sie ja sagen zu diesem Geschäft, dann haben am 18. Mai 2003 die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger das letzte Wort. Glauben Sie mit dem Gemeinderat an die Zukunft von Wohlen. Stimmen Sie überzeugt ja zu diesem Landkauf und setzen Sie damit ein klares Zeichen für den weiteren Fortschritt unserer Gemeinde.

Widmer Reto, Freis Wohle: Die Gruppe Freis Wohle stimmt diesem Antrag einstimmig zu. Wir wollen ausdrücklich den Gemeinderat loben für die gute Hand die hier gezeigt wurde. Vor allem freut es uns, dass durch diesen Kauf Ausweichmöglichkeiten bezüglich Isler-Areal geschaffen wird. Die Nutzabsichten müssen nicht mehr auf das zentral gelegene Isler-Areal beschränkt werden, sondern man hat Ausweichmöglichkeiten für die Nutzabsichten, welche auf dem Isler-Areal nicht optimal ausgeführt werden können. Wir sind sicher, dass künftige Generationen uns diesen Kauf danken werden.

Hübscher Bertha, EVP: Die Gruppe Eusi Lüt und die EVP sind der Meinung, dass das ein attraktives Angebot ist und eine gute Investition in die Zukunft. Jetzt wissen wir aber, dass wir in der Gemeinde Wohlen knapp sind an Räumen für die Jugendlichen. Wir finden das auch eine gute Gelegenheit, das Areal zu nutzen, indem etwas Kostengünstiges, Provisorisches (z.B. Container) aufgestellt würde. Für die Jungen ist es vielleicht unverständlich, dass wir Mittel zur Verfügung haben, um Land zu kaufen und sie könnten wieder leer ausgehen. Mit dieser Hoffnung stimmen wir dem Antrag zu.

Fischer Fredy, SVP: Die Fraktion SVP und Ortsteil Anglikon stimmen grossmehrheitlich dem Kauf des Merkur-Areals zu. Wir möchten aber doch drei Punkte zu Bedenken geben:

- Was ist wohl der effektive Gedanke des Gemeinderates: Soll die Gemeinde dieses Areal selber nutzen oder steht die Absicht dahinter, das Land privaten Investoren zu entziehen und zu einem späteren Zeitpunkt spekulativ weiterzuverkaufen?
- Der tiefe Landpreis macht dieses Vorhaben natürlich sehr schmackhaft. Zu bedenken ist aber, dass – sollte in den nächsten 20 Jahren nichts Grosses passieren- sich der Landpreis im Rahmen von Fr. 600.-- bis Fr. 630.--/m² steigern wird. Wo jedoch der Landpreis in 20 Jahren steht, wissen wir alle nicht.
- Weiter ist zu bedenken, dass die heutige Nutzung der Steingasse eigentlich mit gewissen Einschränkungen sinnvoll ist. Nur, wie werde sich die Preise entwickeln, wenn die Gemeinde attraktives Land für Fr. 315.-- Land kaufen kann. Warum sollten dann Private in einer W1 oder W2 Fr. 400.00 bis 600.00 bezahlen? Attraktives Wohlen ja – aber zu welchen Preis?

Jauslin Matthias, FDP: Eine solche Vorlage, da gibt's kein Richtig oder Falsch und das hat sich so auch in unserer Fraktion widerspiegelt.

Sehen Sie, auch privat stehen wir immer wieder vor der Entscheidung ob ich kaufen soll oder nicht. Beginnend bei einem schönen feinen Dessert in der Auslage des Konditors und hört bei einem Stück Land auf.

Irgendwann werden wir uns aber zwei Schlüsselfragen stellen müssen. 1. Warum und zu welchem Zweck will ich kaufen? 2. Habe ich genügend finanzielle Mittel für den Kauf und auch für den späteren Betrieb? Da macht es keinen Unterschied zwischen dem feinen Dessert und einem schönen Landstück. Ausser dass beim Dessert anstelle von Zins- und Unterhaltskosten eventuelle Fitnesskosten dazuzurechnen sind.

Da haben wir nun in unserer Fraktion hemmungslose Dessertesser ohne Angst vor Übergewicht und auf der anderen Seite die fanatischen Freizeitsportler, im ständigen Stress, Leistung und Nahrungsaufnahme in Balance zu halten. Was ist jetzt richtig oder falsch?

Natürlich ist es toll, Besitzer von über 12'400 m² Land zu sein und irgendwann irgendwelchen Traum zu realisieren. Nur, was sollen wir in der Zwischenzeit damit anfangen?

Es ist zu bedenken, dass die Gemeinde Wohlen mit dem Islerareal von 7'500 m² und dem Postareal mit 3'100 m² nochmals recht grosse Grundstücke in der echten Kernzone besitzt. Auch dort warten wir auf die Realisation von Träumen. Und in der Zwischenzeit kosten solche Grundstücke nicht einfach nichts. Neben Zinsen stehen uns zum Beispiel schon bald happige Beiträge zu Erschliessungskosten des Islerareals bevor.

In einem Punkt sind wir uns einig: In den nächsten 10 bis 20 Jahren kann die Gemeinde Wohlen kein Hochbauprojekte in der Grössenordnung des Merkurareals realisieren. Diese Fläche verlangt nach einer dicken Kapitaldecke.

Deshalb muss man sich die Frage stellen, ob demnach eine Belastung von jährlich rund Fr. 140'000.-- für die Verzinsung die Sache wert ist. Leider einmal mehr ein Posten, der im Finanzplan fehlt.

Liebe Einwohnerräte, wir entziehen 12'400 m² Bauland der Wirtschaft mit dem Wissen, auch in Zukunft keine Projekte darauf zu realisieren. Neue Aufgaben wollen und können wir der Verwaltung der Gemeinde nicht aufladen.

Aus der Sicht der Fraktion wäre es natürlich interessant, wenn aktive Bodenpolitik durch den Gemeinderat betrieben würde. Aktive Bodenpolitik würde aber heissen, Grundstücke kaufen, Hand in Hand geeignete Investoren suchen, Projektwettbewerbe zu lancieren, gemeinsam Projekte zu realisieren und je nach Situation auch bereit sein, Eigentum wieder zu verkaufen.

Doch da ja alle davon reden, Landreserven für spätere Generationen zu horten, wird ein Wiederverkauf wohl ebenfalls am politischen Willen scheitern.

Sehen Sie, während meiner Stellungnahme hat der Konditor diesen feinen Dessert abgeschrieben. Jetzt kostet er nur noch die Hälfte. Doch ist das jetzt für einen Gesundheitssportler Grund genug, über seine Verhältnisse zu essen?

Unsere Fraktion wird beide Seiten vertreten.

Fontana Peter, CVP: Wir haben diese Vorlage in der Fraktion eingehend und sehr genau behandelt. Im Wissen der Wichtigkeit dieses Geschäftes.

Zur Geschichte: 1993 wurde dem ehemaligen Eigentümer die Baubewilligung über 61 Wohneinheiten, Läden und Büros erteilt, diese wurde nochmals um 2 Jahre verlängert. Die Realisierung der Überbauung blieb aber nur Planvorlage und konnte nicht in umgesetzt werden.

Drei gute Gründe sprechen für diese Vorlage: Erstens der günstige m²-Preis von Fr. 315.--, zweitens die ideale Lage des Baulandes - somit verschiebt sich die Wohler Kernzone wieder zurück in die Dorfmitte oder *moderner gesagt in die City* - und drittens ist es eine Investition in die Zukunft für unser Dorf und unsere Jugend. Unsere Fraktion ist einstimmig für diesen Antrag.

Muff Sepp, SP: Die Fraktion war sich nicht schlüssig. Als wir das letzte Mal über dieses Grundstück diskutierten, präsentierte sich die finanzielle Situation der Gemeinde Wohlen noch anders. Unsere Verschuldung war tiefer. Natürlich tönt es attraktiv. Wir sollten langsam aber sicher versuchen, einen Teil des Landes, welches wir besitzen, zu verkaufen. Mit unseren finanziellen Möglichkeiten besteht die Gefahr, dass wir dies nicht mehr tragen können. Wir haben momentan sehr viele Projekte, die es zu bewältigen gibt. Auch die Mitteilung betreffend Schwimmbad beschäftigt mich. Wir kommen langsam aber sicher in eine Situation, wo wir uns fragen müssen: Was wollen wir überhaupt? Wollen wir nur noch Neues bauen? Und die schon lange hinausgeschobene Sanierung der Badi weiterhin vertagen? Ich kann mir gut vorstellen, dass es nach dem Landkauf heisst, jetzt haben wir kein Geld mehr für die Sanierung der Badi. Das macht mir schon etwas Mühe. Ich hoffe, dass diese Situation bereinigt werden kann. Ich bin nicht ganz schlüssig, ob ich dieser Vorlage zustimmen kann. Es beschäftigt mich, dass wir so viele Schulden haben. Ich habe kein gutes Gefühl und bin froh, dass die Bevölkerung darüber entscheiden kann. Ich habe meine Bedenken, die mir niemand nehmen kann.

Bertschi Bruno, SVP: Ich bin mit den Worten von Sepp Muff einverstanden. Ich bin auch noch un schlüssig. Nicht weil ich der Meinung bin, die Gemeinde soll das Land nicht kaufen, sondern aufgrund der finanziellen Situation. Ich gehe davon aus, dass der Gemeinderat das nächste Budget bereits festgelegt hat und wenn ich vom Finanzminister höre, dass wir nächstes Jahr die Steuern erhöhen müssen, dann kann ich diesem Landkauf nicht zustimmen. In den umliegenden Gemeinden wurden sehr gute Abschlüsse präsentiert – in Wohlen übrigens auch – und in den umliegenden Gemeinden wurden die Steuern gesenkt. Es kommt gar nicht in Frage, dass aufgrund dieser Investition die Steuern erhöht werden. Ich möchte vom Gemeinderat hören, wie die finanziellen Situation nächstes Jahr aussieht.

Dubler Walter, Gemeindeammann: Ich möchte für die mehrheitlich gute Aufnahme des Geschäftes danken.

Der Grundgedanke zu diesem Geschäft steht auf Seite 3 der Voralge unter 4. Bedürfnisse. Das ist all das, was dem Gemeinderat zur Zeit in den Sinn kommt, wir haben keinerlei Hintergedanken. Wir haben keinerlei Interesse daran, dieses Land irgendjemandem zu entziehen. Für alle Pläne, die die Gemeinde je haben könnte, ist die Zone Steingasse kein Hindernis. Es könnte umgezont werden zu „Zone für öffentliche Bauten“ und es lag ja bereits einmal ein bewilligtes Projekt vor. Es kommt darauf an, wie Zonenordnung ausgestaltet wird, welches Publikum angezogen wird. Im Geschäftsbericht 2002 wird eine genaue Analyse des Chefs Steueramt bezüglich der Einkommensegmente aufgeführt. Wir stellen mit Freude fest, dass im oberen Einkommensegment Wachstum zu verzeichnen ist.

Die Fragen von Sepp Muff und Bruno Bertschi sind berechtigt. Es ist eine Gratwanderung. Die aktive Bodenpolitik wurde angestrebt, doch wurde von der Gemeinde eine Planwirtschaft betrieben, dass es schwierig wird, den Rest zu verkaufen. Das Land neben dem Bahnhof wurde für die damaligen Verhältnisse günstig gekauft (Fr. 750.--/m²). Die Gemeinde lehnt sich nicht aus dem Fenster mit der Aussage „wir kaufen günstiges Land“. Zeitvorgaben für das Budget 2004 werden im April gemacht. Der Zeitpunkt wird, wie im Finanzplan festgehalten, eingehalten. Es ist zum jetzigen Zeitpunkt keine Erhöhung des Steuerfusses vorgesehen. Wir hoffen, dass die Entwicklung, wie sie beim letzten Steuerabschluss zu sehen war, besser ist. Wir werden auch genauere Ausführungen bei der letzten Motion, welche heute Abend behandelt wird, hören, es ist aber Illusion, momentan Steuersenkungen zu fordern. Wir haben alle einen guten Job gemacht, können aber trotzdem froh sein, wenn wir so durchkommen. Wir müssen uns bewusst sein, dass sich die Schulden um rund drei Millionen erhöhen werden. Erfreulich sind im Moment die Bankzinsen. Sie sind unglaublich tief zur Zeit, wir sprechen von 3 %. Von daher ein exzellenter Zeitpunkt. Wir erhalten mit dem Land einen Gegenwert. Im schlimmsten Fall könnte Land in Tranchen verkauft werden. Ich kann soviel bezüglich Steuern sagen, dass aufgrund der Planung die Zahlen im Voranschlag 2003 aber auch im letztjährigen Finanzplan als vorsichtig taxiert werden können.

Ich mache einen Vergleich: Als die Gemeinde Wohlen 1974 den Mut hatte, das Bleichi-Areal zu kaufen, kostete es 4,2 Millionen Franken. Nach dem Kauf hatte die Gemeinde Wohlen 44 Millionen Franken Schulden mit einem Steuerertrag von 11 Millionen Franken. Ende 2002 hatten wir eine Nettoschuld von 13 Millionen (Bünz matt III und Sportzentrum Niedermatten wird noch hinzukommen) mit einem Steuerertrag von 26 Millionen. So gesehen ist jetzt eine gute Ausgangslage.

Wenn ich darauf eingehe, was der Sprecher der Fraktion FDP gesagt hat, so muss ich erwähnen, dass wir die Worte des Einwohnerrates jeweils ernst nehmen, und damals wurde gesagt, dass das Land zu einem günstigen Preis gekauft werden soll. Auch Matthias Jauslin hat sich damals geäußert, er fände das Merkur-Areal ein gutes Grundstück für die Gemeinde Wohlen. Er hat dem Gemeinderat das Vertrauen geschenkt für die Verhandlungen. Der Gemeinderat ist jetzt am Schluss von seiner Mission, die Arbeiten sind abgeschlossen. Zwischendurch braucht es Mut. Während einer Gratwanderung kann man die Sonne sehen, man kann aber auch abstürzen. Ich verstehe gewisse Bedenken, die im Einwohnerrat herrschen. Wir sind aber optimistisch und bitten Sie, uns diesen Weg fortsetzen zu lassen.

Chaksad David, SP: Als junger, in Wohlen aufgewachsener Mensch habe ich einen Zukunftsglauben entwickelt. Ich glaube vor allem an die Zukunft der Jungen hier in Wohlen. Trotzdem muss ich gegen diesen Bericht und Antrag stimmen. Aus folgenden Gründen: Die Diskussion hier dreht sich die ganze Zeit um diesen Landkauf. Da muss ich sagen: Nicht alles, was billig ist, kann man einfach nehmen. Ich vertrete eine andere Gruppe von jungen Leuten in Wohlen, für welche das Ganze hier sehr schwierig nachzuvollziehen ist. Wir haben sehr viele andere Projekte am Laufen, die wir nicht verwirklichen können oder noch verwirklichen müssen. Kürzlich wurde hier in diesem Rat betont, welche enormen Sparwillen wir entwickeln müssen. Wie erklärt man das den Leuten ausserhalb des Rates, dass im Rahmen der Budgetdiskussion Fr. 5'000.00 für den Verein „Lernen im Quartier“ abgeschmettert werden und man jetzt plötzlich sehr viel Geld hat, um Land zu kaufen? Wenn man sagt, doch wir haben eigentlich Geld, dann müssen andere Projekte auch endlich einmal angegangen werden. Ich will jetzt nicht wieder für Jugendräume werben. Schaut euch mal den Friedhof an. Dort ist auch noch einiges zum Sanieren fällig. Zuerst müssen andere Projekte fertig geplant werden, z.B. Wohlen Mitte. Die jungen Leute „draussen“ müssen doch wissen, woher das Geld kommt und was mit dem Geld passiert. Es soll kein Angriff sein gegen dieses Projekt. Ich verstehe jeden, der ja stimmt. Macht aber bitte eine bessere Informationspolitik.

Becker Doris, Freis Wohle: Ich erlaube mir eine Kritik an jene Personen, die den Gemeinderat in den vergangenen Jahren oft und gerne kritisiert haben, keine Visionen zu haben, es werde nur verwaltet. Für mich ist dieses Geschäft ganz klar zukunftsgerichtet. Ich greife auch gerne die Worte von Berta Hübscher auf. Ein Schritt, der auch die Möglichkeit bietet, Visionen umzusetzen. Ich bin überzeugt, dass mit einem vernünftigen finanziellen Aufwand auf diesem Land etwas für die Jugendlichen getan werden kann. Mir persönlich wäre dieser Landkauf gar eine Steuererhöhung wert.

Jauslin Matthias, FDP: Es ist tatsächlich so, dass viele Projekte laufen und fertiggestellt werden müssen. Wir müssen doch eine Vision haben und wissen, wohin wir wollen. Es müsste doch ein Leitbild, ein Programm vorhanden sein, sozusagen ein roter Faden. Und wenn ein Landkauf in dieses Programm passt, dann darf es auch etwas kosten. Passt er aber nicht zu diesem roten Faden, dann müsste man halt diese Priorität nicht setzen, sondern bei den Jugendräumen. Es wäre die Aufgabe, des Gemeinderates zusammen mit dem Einwohnerrat diese Vorgaben zu machen. Zur Zeit schauen wir links und rechts und kaufen, was günstig ist. Das kann es nicht sein.

Bertschi Bruno, SVP: Das wäre ein Geschäft für die Ortsbürgergemeinde, die haben genug Vermögen.

Meier René, Gemeinderat: Ein Geschäft entwickelt sich. Dieses Geschäft hat sich gut entwickelt. Natürlich wäre der Gemeinderat glücklich, wenn wir Land dann kaufen könnten, wenn wir es bräuchten. Meistens ist es aber so, dass es dann besonders teuer ist. Jetzt steht das Land zum Verkauf, es ist günstig und wir können es uns leisten. Wir haben vom Finanzvorsteher gehört, dass wir es verkraften können.

Und wenn wir das Land kaufen, wenn es einen Grund gibt, dann ist das die Jugend. Wir wollen der folgenden Generation die Chance geben, etwas zu gestalten. Das Problem Jugendräume ist dem Gemeinderat bekannt. Ich will es hier und öffentlich sagen: Es hat noch nie einen Antrag betreffend Jugendräumen an den Gemeinderat gegeben. Ich habe die Jugendkommission aufgefordert, dem Gemeinderat zu sagen, was sie wollen, was sie brauchen. Wir kennen die Bedürfnisse der Jungen nicht, da sind wir weit davon weg. Wir glauben, dass eine Eingabe unter der Führung David Chaksad's sehr schnell kommen wird.

Wir haben heute Abend die Gelegenheit den Glauben an das Regionalzentrum Wohlen zu zeigen. Wir werden sagen können: Ja, wir können regionale Aufgaben übernehmen, weil wir über genügend Land verfügen.

Oder wollen wir spekulieren, dass der Preis noch weiter sinkt? Wir meinen, dieser Preis von Fr. 315.--/m² ist sehr fair. Dieser Preis würde wohl kaum ein anderer Käufer ausser die Gemeinde erhalten. Diesen Eindruck haben Walter Dubler und ich während den Verhandlungen erhalten. Über Spekulation wurde nie gesprochen, einzig über mögliche Veräusserung bei einem finanziellen Engpass. Bitte stimmen Sie diesem Geschäft zu.

Müller Christian, Gemeinderat: Bin angesprochen worden als Ortsbürgergutsvorsteher. Ja, die Ortsbürgergemeinde verfügt momentan über ca. 1.3 Millionen, aber ich bin der Meinung, dass dieser Landkauf absolut nicht unsere Aufgabe ist. Wir machen sehr viel für die Einwohnergemeinde, aber dies würden wir nicht machen.

Jauslin Matthias, FDP: Ich mache Anmerkungen betreffend Jugendräume. Dies passt zwar nicht ins Thema. Ich bin aber enttäuscht, dass der Gemeinderat behauptet, keine Ahnung zu haben, was die Bedürfnisse der Jugendlichen sind. Ich bitte den Gemeinderat dringendst diese Abklärungen zu tätigen. Ich erwarte baldmöglichst einen Vorstoss zu diesem Thema. Es ist wichtig, dass die Jungen gehört werden. Sie haben nicht die selben politischen Mittel wie wir. Da muss man Informationen aktiv holen und kann nicht zuwarten.

Meier René, Gemeinderat: Kurz zu diesem Thema: Das Anliegen wurde mit der Jugendkommission diskutiert. Jetzt muss die Jugendkommission sagen, was es für Räume braucht.

Abstimmung

Der gemeinderätliche Antrag

Der Kaufvertrag zwischen der Siemens Building Technologies AG, Zürich, und der Einwohnergemeinde Wohlen, betreffend Grundbuch Wohlen LB Nr. 3070, im Halte von 123,88 Aren Gebäudeplatz und Umgelände, an der Kapellstrasse, zum Preis von Fr. 3'902'220.-- sei zu genehmigen.

wird mit 36 Ja-Stimmen zu 4 Nein-Stimmen genehmigt.

Anschluss der Einwohnergemeinde Wohlen an eine Kompogas-Anlage (10041)

Tanner Peter, Postulant, SVP: Alles Wesentliche wurde in der Postulatbegleitschrift bereits gesagt. Zur Wiederholung:

ARA: Wurden in den 60er Jahren wegen einem Notstand eingeführt, KVA: Zirka in den 80er Jahren eingeführt

KOMPOGAS: Die Stunde der Kompogas-Anlagen schlägt meiner Meinung nach jetzt, zu Beginn des 21. Jahrhunderts

- nicht teurer, sondern günstiger als die normale Kompostierung, sicherlich in einigen Jahren
- Die Gemeinde Wohlen als viertgrösste Gemeinde im Kanton könnte hier eine Vorreiterrolle übernehmen, die gewiss auch über den Kanton hinaus wahrgenommen würde. Es wäre schön, wenn der Kanton innovativ und aktiv wäre.
- Küchenabfälle: Wohin sollen die sonst künftig entsorgt werden? Das Verbrennen läuft gegen die Zielsetzungen der KVA-Betreiber.
- Hochwertige Produkte entstehen: Treibstoff, Wärme, Strom, Kompost
- Das Recycling und die Verwendung von nachwachsenden Pflanzen zur Herstellung für die Energie hat ein nicht zu unterschätzendes Potenzial. Daran hat Kompogas einen Anteil.
- Gut für den Boden, gut für die Luft, gut für unser Image.

Ich danke für Ihre Zustimmung und Überweisung.

Dubler Walter, Gemeindeammann: Der Gemeinderat ist bereit, das Postulat entgegenzunehmen.

Gemäss § 36 des Geschäftsreglementes des Einwohnerrates Wohlen gilt das Postulat 10041 betr. Anschluss der Einwohnergemeinde Wohlen an eine Kompogas-Anlage somit als überwiesen.

Einführung einer verursachergerechten, kostenneutralen Grüngut-Abfuhrgebühr (10036)

Bertschi Bruno, Motionär, SVP: Vor ca. 1 Jahr wurden wir durch den Gemeinderat ermuntert, Vorschläge zur Grüngutabfuhr einzureichen. Im eidg. Umweltschutzgesetz steht, dass Entsorgungen kostenneutral und verursachergerecht vorzunehmen sind. Das ist in Wohlen sicher nicht gerecht geregelt zur Zeit. Die Einführung einer verursachergerechten Grüngutabfuhr erscheint uns richtig. Es kann aber nicht die Idee sein, dass eine zusätzliche Grüngutabfuhr eingeführt wird, ohne eine dementsprechende Steuersenkung vorzunehmen. Ich bitte Sie im Namen der SVP-Fraktion um Überweisung

Müller Christian, Gemeinderat: Der Gemeinderat nimmt zur Motion wie folgt Stellung:

Die Fraktionsgemeinschaft SVP / Dorfteil Anglikon hat dem Einwohnerrat eine Motion eingereicht mit folgendem Auftrag:

Der Gemeinderat wird beauftragt, Bericht und Antrag mit folgendem Inhalt zu erstatten:

Einführung einer verursachergerechten Gebühr für die Abfuhr von Grüngut unter gleichzeitiger Reduktion des Steuerfusses im Ausmass der bisherigen Kosten für die Grüngutabfuhr.

Vorab gilt es festzuhalten, dass die Umsetzung dieser Motion für die Gemeindefinanzen eine sogenannte „Nullnummer“ wäre, weil der Steuerfuss im Ausmass der bisherigen Kosten für die Grüngutabfuhr gesenkt würde. Der Gemeinde erwachsen daraus keine Vorteile. Im Gegenteil: Durch das Inkasso entsteht zusätzlicher Verwaltungsaufwand, was die Ertragslage der Gemeinde verschlechtert. Würde die Regelung wie in der Motion vorgeschlagen umgesetzt, würden die höheren Einkommen entlastet. Nur die Leute mit weniger Einkommen würden zusätzlich belastet. Der Gemeinderat ist gegen diese Umverteilung. Aus diesen beiden Gründen lehnt der Gemeinderat die Motion ab.

Bekanntlich ist die Investitionstätigkeit unserer Gemeinde gegenwärtig sehr intensiv. Geldaufnahmen von Banken sind nötig. Dazu gilt es die teilweise bereits laufenden Aufgabenverschiebung vom Kanton auf die Gemeinden mit zusätzlichen Aufgaben und Belastungen (Bsp. Einführung Schulleitung, höhere Spitalbeiträge) zu verkraften. Mit Blick darauf wäre es finanzpolitisch absolut unverantwortlich, zum heutigen Zeitpunkt eine Steuerfussenkung vorzunehmen. Die Gemeinde würde ihre Schuldnerqualität massiv verschlechtern. Es würden höhere Zinssätze für Geldaufnahmen angewendet. Höhere Schuldzinsen wären automatisch die Folge. Dies will der Gemeinderat ganz klar nicht. Unsere Gemeinde kann sich keine Einnahmefälle leisten.

Vergleiche mit anderen Gemeinden und die Entwicklung der Kostenentwicklung zeigen jedoch, dass die Gemeinde Wohlen nicht darum herumkommt, sich mit der Einführung einer verursachergerechten Grüngutabfuhr zu beschäftigen. Für uns relevante Vergleichsgemeinden wie Aarau, Baden, Bremgarten, Brugg, Lenzburg und Wettingen stellen die Entsorgung des Grüngutes in Gebührenform in Rechnung. Unsere Gemeinde bildet als „Grüne gebührenfreie Zone“ praktisch eine Insel.

Die Kosten für die Abfallentsorgung werden weiterhin steigen. Gemäss Umweltschutzgesetz ist die Anwendung des Verursacherprinzips für die Abfallbeseitigung Pflicht. Der Gemeinderat ist gezwungen, bezüglich Gebührenerhebung etwas zu unternehmen. Jedes Modell hat seine Vor-

und Nachteile. Absolut gerecht ist keines. Aus den eingangs erwähnten Gründen (Nullsummenspiel) ist der Gemeinderat gegen die vorliegende Motion. Er will sich aber ein Modell überlegen, um dem Verursacherprinzip nachzuleben. Die Bauverwaltung sowie die Kommission für Natur und Umwelt haben bereits fundierte Abklärungen vorgenommen und Modelle ausgearbeitet. Der Gemeinderat will die heutige Diskussion abwarten und danach über das weitere Vorgehen entscheiden. Er bittet den Einwohnerrat die Motion 10036 abzulehnen. Der Gemeinderat hofft, dass sich heute alle Fraktionen grundsätzlich zu dieser Thematik äussern. Der Gemeinderat wird dann die Überlegungen des Einwohnerrates in seine Entscheidungsfindung einfließen lassen.

Gemäss § 35 Abs. 3 des Geschäftsreglementes des Einwohnerrates Wohlen ist somit die Diskussion automatisch beschlossen.

Schmid Tomi, Freis Wohle: Wir haben über diese Motion diskutiert, sie scheint nicht schlecht. Wir sind einfach der Meinung, sie ist mit einem sehr grossen Aufwand verbunden. Und wegen der Solidarität zwischen grossen und kleinen Gärtnern: Ich bin jeweils froh, wenn Gärten gepflegt werden und will diese Personen nicht zusätzlich belasten. Dann hatten wir etwas Probleme mit den Verursachern. Was ist, wenn der Verursacher die Gemeinde ist? Was ist mit dem, das ich vor der Haustüre zusammenwische? Denken Sie an die Sommerstürme, wenn das Grüngut nicht aus dem eigenen Garten kommt. Da fände ich es mühevoll, Gebühren zu erheben. Weiter sind Abfallgebühren grundsätzlich problematisch. Wir haben immer noch bekanntlich ein Problem mit illegalem Deponieren von Abfall. Zwar haben wir es relativ gut im Griff. Ich fände es einfach sehr mühevoll, wenn Leute dann ihr Grüngut wild deponieren würden. Ich denke einfach, der Aufwand der Gebühr -verglichen mit dem Problem- ist nicht gerechtfertigt.

Furter Fabian, SP: Die Fraktion SP/EL&Grüne/EVP ist gegen die Überweisung der Motion. Nicht weil wir gegen die verursachergerechte Abfuhr wären, sondern weil eine Senkung der Steuern damit verbunden wäre. Ob es dann wirklich so einfach ist, das finanziell umzusetzen, da haben wir unsere Zweifel. Gebühren für Grüngut wären sicher nicht jedes Jahr gleich.

Stäger Andreas, JCVP: Die Fraktion CVP-CSP/J-CVP ist gegen die Motion, jedoch nicht gegen die Einführung einer verursachergerechten Abfuhrgebühr, sondern wegen der damit verbundenen Steuersenkung.

Dörig Werner, FDP: Die Fraktion FDP ist gegen die Motion. Auf den ersten Blick ist die Motion populär, wir sind aber nicht bereit, diese Haltung mitzutragen. Der Gemeinderat ist in jüngster Vergangenheit im Monatstakt mit millionenschweren Vorlagen an den Einwohnerrat gelangt. Das Dossier Grüngut wurde von uns gar nicht geöffnet, weil die Stossrichtung der Motionäre eine andere ist. Es ist nicht zu verantworten, in der momentanen Situation eine Steuerfussenkung anzustreben. Wir nehmen zur Kenntnis, dass die Motionäre die Diskussion um den Steuerfuss lanciert haben. Der Gemeinderat hat sich jedoch bis jetzt nicht dazu geäussert, wie das alles finanziert werden soll. Der Einwohnerrat tut gut daran, die Verantwortung zur Feststellung des Steuerfusses dem Gemeinderat nicht abzunehmen. Wir wollen vermeiden, dass der Gemeinderat oder ein Vertreter am Ende der Legislaturperiode als absolute Mahcer und der einwohnerrat mit einem Schuldenberg dasteht.

Muff Sepp, SP: Ein Teil wurde von Fabian Furter bereits gesagt, ich möchte einfach noch darauf hinweisen, eine Steuerfussenkung in der heutigen Situation, dem kann ich nicht zustimmen. Es ist im vorhergehenden Traktandum bereits das Votum der Steuerfussenkung gefallen. Ich denke nicht, dass Wohlen dadurch attraktiver wird. Es gibt genug Beispiele, nicht weit von hier, welche

heute genau mit dem Problem kämpfen, dass der Steuerfuss einmal zu tief unten war. Ich habe einmal einem Gemeinderat schon gesagt: Was meinst Du, wenn man immer noch 110 % wollte, dann hätten wir eine Menge Probleme. Ich bin felsenfest davon überzeugt, dass auch ein zu tiefer Steuerfuss attraktiv sein kann, für jemanden, den wir gar nicht wollen. Vor allem wegen dem Steuerfuss sollten wir diese Motion nicht überweisen. Ich könnte mir aber vorstellen, dass ich allenfalls einem Postulat zustimmen würde, denn die Stossrichtung ist an und für sich recht. Es muss aber möglichst gerecht sein, obwohl mir bewusst ist, dass dieses Problem sehr schwer zu lösen ist. Mich nähme es noch wunder, allenfalls, wie man Fr. 300'000.00 – Fr. 400'000.00 auf den Steuerfuss ausrechnen will. Das gäbe wahrscheinlich ein halbes Prozent. Was macht das für jemanden aus, der Fr. 1'500.00 – Fr. 1'600.00 Steuern bezahlt. Derjenige merkt das nicht einmal. Postulat ja - Motion nein.

Bertschi Bruno, Motionär, SVP: Man könnte meinen, dass wir eine Motion betr. Revision Steuerfuss und nicht über Grüngutabfuhr gemacht hätten. Unser Ziel ist es, dem Bundesgesetz nachzukommen, respektive, den Gemeinderat dazu zu bringen, die aktuelle Situation, die am Rande der Legalität ist, anzupassen. Ich bin überzeugt, dass nach Einführung einer verursachergerechten Abfuhrgebühr weniger Grüngut anfallen wird. Das ist auch der Zweck einer Lenkungsabgabe. Ich möchte Sie bitten, zurück zum Thema Grüngut zu kommen. Das ist das Problem, nicht der Steuerfuss. Die Gemeinderechnung wird nach unserem Vorschlag ausgeglichen sein. Die paar Franken, die die Verwaltungskosten verursachen würden, über die würden wir grosszügig hinwegsehen. Ich möchte Sie wirklich noch einmal bitten, sich die Sache zu überlegen und dabei vom Steuerfussproblem wegzukommen und sich der Sache Grüngutabfuhr zuzuwenden.

Meier René, Gemeinderat: Im Bundesgesetz steht, dass die Verursacher die Kosten tragen müssen. Die Situation ist so, dass wir diese Vorgabe in Wohlen nicht erfüllen. Der Gemeinderat weiss das und wird daran arbeiten. Dazu braucht es keine Motion. Christian Müller hat es gesagt, die Kommission ist diesbezüglich tätig. Wie die SVP propagiert, müssen wir eine Grüngutgebühr einführen, das ist richtig. Die Frage ist, wie wir das tun. Daran arbeiten wir und werden weiter daran arbeiten, bis eine gute Lösung gefunden ist. Wir wollen nicht über den Steuerfuss eine Debatte führen. Das ist ein Anhängsel, welches die SVP gemacht hat und nun klar im Hintergrund dieser Motion steht, aber es geht um die Grüngutabfuhr.

Huwiler Paul, CVP: Anlässlich der GV der SVP war am organisierten Vortrag, zu dem wir alle hier eingeladen waren, gesagt worden, dass grundsätzlich mindestens 66 % des anfallenden Hausmülls kompostierbares Material ist. Wir haben diskutiert, dass das Ziel sein sollte, alles zu kompostieren, was möglich ist. Da müssen wir aufpassen, dass nicht das Gegenteil passiert.

Tanner Peter, SVP: Wir haben nur Aussagen über Kosten, Steuern, Steuerfussreduktion gehört, aber es geht um viel mehr. Ich habe mit meinem Postulat Kompogas aufgezeigt, wie man Grüngut nicht nur vernichten, sondern weiterverwenden kann.

Gärten kommen der Gemeinde und der Allgemeinheit zu gut, ohne Lohnkosten zu verursachen. Warum diese nun bestrafen, die Übernahme des Grüngutes ist ein Lastenausgleich. Wir dürfen nichts unternehmen, das den Grünflächenanteil reduziert, im Gegenteil, dieser ist zu erhöhen. Wenn auf Beispiele anderer Gemeinden im Aargau verwiesen wird, heisst das gar nicht automatisch, dass das Vorgehen von Wohlen falsch ist. Kürzlich haben wir die Unterlagen über das WOV bekommen. Darin ist der Vergleich der Personalaufwendungen angeführt. Wohlen hat mit CHF etwas über 900.- die tiefsten Kosten pro Einwohner. Die entsprechenden Kosten der andern Gemeinden gehen, Irrtum vorbehalten, bis über 2'000 Franken. Daran sieht man, dass es nicht nur einen Weg gibt, und der eigene durch aus auch richtig sein kann.

Das von andern angesprochene Bundesgesetz kenne ich nicht, werde mich aber erkundigen. Ohne den Wortlaut und die genaue Bedeutung zu kennen dürfen wir nun nicht darauf herumreiten.

Abstimmung:

Die Überweisung der

Motion 10036 betr. Einführung einer verursachergerechten kostenneutralen Grüngut-Abfuhrgebühr

wird mit grossem Mehr zu 7 Ja-Stimmen abgelehnt.

Kuhn Urs, Einwohnerratspräsident: Wir sind damit am Ende der heutigen Sitzung. Ich danke allen Beteiligten für ihre Mitarbeit und die speditive Behandlung. Herzlichen Dank auch allen auf der Tribüne. Ich wünsche allen eine gute Zeit bis zur nächsten Sitzung. Einen schönen Abend.

Für getreue Protokollführung:

Urs Kuhn, Präsident

Daniela Betschart, Gemeindeschreiber-Stv.